

Brände, Brandverhütung und Brandvorsorge im 18. und 19. Jahrhundert in Westernkotten

Aus: Peters, Maria: Brände, Brandverhütung und Brandvorsorge im 18. und 19. Jahrhundert in Westernkotten

Teil 1: Brandvorsorge und Brandverhütung im Herzogtum Westfalen im 18. und 19. Jahrhundert — mit Beispielen aus Westernkotten

Aus der Geschichte Bad Westernkottens

Brände, Brandverhütung und Brandvorsorge im 18. und 19. Jahrhundert in Westernkotten

von
Maria Peters



Einband des Büchleins

[Abgedruckt in einem Büchlein der Heimatfreunde Bad Westernkotten im Jahr 2008; Selbstverlag der Heimatfreunde Bad Westernkotten e.V. Bad Westernkotten 2008; insgesamt sind in dem Büchlein drei Aufsätze abgedruckt. Sie tragen die Überschriften:

1. **Brandvorsorge und Brandverhütung im Herzogtum Westfalen im 18. und 19. Jahrhundert — mit Beispielen aus Westernkotten**
2. **„Feuer-Polizei-Contraventionen und deren Bestrafung“ im 19. Jahrhundert, Westernkotten betreffend (ab S. 37)**
3. **Feuersbrünste in Westernkotten bis einschließlich 19. Jahrhundert (ab S. 49)**

Hier folgt Teil 1.

Vorwort von Dieter Tölle

Brände haben die Menschen von jeher in Angst und Schrecken versetzt und bis heute gehört der Brand eines Anwesens zu den schrecklichsten Erlebnissen, die sich tief in das Gedächtnis einprägen.

Unser Vereinsmitglied Maria Peters hat sich der selbstgestellten Aufgabe unterzogen, alle erreichbaren Quellen auszuwerten, die uns Nachricht über Brände, aber auch Brandverhütung und Brandvorsorge in Westernkotten im 18. und 19. Jahrhundert geben. Entstanden sind dabei drei aufeinander bezogene Aufsätze, die nach Auffassung unseres Vereins in geeigneter Form publiziert werden sollen. Deshalb haben wir uns zur Vervielfältigung in kleinerer Auflage entschieden.

Danken darf ich an dieser Stelle nicht nur der Autorin, sondern auch dem Erwitter Stadtarchivar Hans Peter Busch für seine Hilfe bei der Quellenbeschaffung sowie seiner Mitarbeit beim Erstellen des Layouts. Zugleich gilt mein Dank allen Bad Westernkötter Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die Fotos gesucht und zur Verfügung gestellt haben.

Dieter Tölle

Vorsitzender der Heimatfreunde Bad Westernkotten e.V.

I. Brandvorsorge und Brandverhütung im Herzogtum Westfalen im 18. und 19. Jahrhundert — mit Beispielen aus Westernkotten ¹

Nachdem schon im Jahre **1595 die erste Polizeiordnung zur Vermeidung von Brandverhütungen für das Herzogtum Westfalen** nachzuweisen ist, sind in den Folgezeiten immer wieder polizeiliche Verfügungen erlassen worden. Oft waren es Einzelerlasse - wie z. B. 1680 - gegen „das Tabakrauchen an gefährlichen Orten“ und wurde mit folgender Erzbischöflicher und Churfürstlicher Verfügung strengstens verboten: „Das in den rheinisch-westphälischen Landen stattfindende Tabackrauchen in Scheunen, Ställen, Speichern und an andern mit Stroh und feuergefährlichen Gegenständen gefüllten Orten, wird, so wie das Laster des Fluchens, Schmähens und Scheltens bei Strafe von 1 bis 5 Goldgld [= Goldgulden] verboten.“

Weiter wird unter Bemerkungen angeführt: „Unterm 4. April 1686, 1. September 1710 und 26. August 1718 ist das obige Verbot des Tabackrauchens mit Androhung von Leibes- und Landesverweisungs-Strafe erneuert worden.“

1723 wurde eine verschärfte „Kurkölnische Polizeiordnung für das Herzogthum Westfalen“ herausgegeben. Sie umfasste 20 Paragraphen, deren Inhalt hier auszugsweise wiedergegeben wird.

Die Verordnung begann mit folgendem Text: „Nachdeme auch offtermalen Unsere Städte, Freyheiten und Dörffer durch den auf Fahrlässigkeit und Versaubnüß entstehenden Brand höchlich beschädigt und zu Zeiten in den Grund verdorben wurden und dann mit solcher großer Gefährlichkeit ... So wollen Wir auch Unsere Unterthanen ermahnet haben, dass sie ihre Behausungen und Scheuren, Ställe und dergleichen Gebäude nicht sollen vergänglich werden lassen. ..., dass auch durch das Tabackrauchen vielfältig Unglück und Brandt-Schaden entstanden. ..., so soll keiner mit offenen Amplen oder Lampen oder Lichteren in die Scheuren, auf die Balcken, Ställe oder an andere Oerther wo Stroh vorhanden, hingehen, Es soll auch keiner von seinen Nachbarn in gefährlichen Gefäßen oder Geschirr Feuer holen bei arbitrari straff. ..., dass hinführo keinen Flachs und Hanff in denen Häusern am Feuer oder in denen Backöfen, obschon dieselben von den Häusern abgelegen, austrucken lassen sollen. ... Es sollen auch keine Strohauffen denen Häusern zu nahe gesetzt werden bey willkührlicher straff. ... Und so viel das nächtliche droschen anbelanget, können Wir solches der nohturfft nach zwar geschehen lassen, jedoch anderer gestalt nicht, als dass darzu eine wohlschliessende und vest zugemachte Leuchte, zumahlen aber keine offene Lampen gebraucht werden. ..., in jedem Dorff aber nach Proportion der Größe zwey, drey oder mehrere Feur-Leitheren und Feur-Haken angeschaffet und verdeckt aufgehenckt werden. Dann soll auch ein jeder Haußgesessener Unterthan so wol in Städten, Freyheiten als Dörffern sich einen Lederen Eymer inner Monath Zeit nach Publikation dieses verschaffen und in seiner Behausung auf den Nothfall, wolverwahrlich auffbehalten. ... Damit auch bei den unversehenen Feuersbrunsten gute vorsichtige Rettung geschehen möge, wollen Wir, daß ein jeder sowohl Geist- und Weltlicher in dessen Hauß oder Wohnung bey Tag oder Nacht eine Feuersbrunst entstehend, dieselbe zwar mit seinem Gesinde bis zu anderer beyhülff bester massen zu löschen und zu dämpfen sich unterstehen, desto weniger doch nicht ohne die geringste Verweilung und gleich anfangs ehe und bevor das Feuer überhandgenommen, schuldig seyn solle das Feuer auszuschreyen, die Nachbarschafft um Hülff zu ruffen ..., das läuten der Brandt-Glocken schleunigst befördern zu lassen. ... Dafern aber die Flammen und funken des Feuers sich zum Tachfenster oder schorrenstein des Hauses heraus verspüren liessen, ohne dass der Einwohner dessen gewahr würde, ...zugleich überlaut feuer! feuer! ausschreyen. ...

Auf dass nun alle besorglichen Unglücksfälle des Brandts desto vorsichtiger verhütet und abgekehret werden mögen, so befehlen Wir Unseren Beambten aufm platten Lande, Burgermeister und Rath aber in denen Städten und Freyheiten alle und jede viertel Jahr eine Visitation der Schorrensteine von Hauß zu Hauß vorzunehmen, das gefährlich befundene also fort abzustellen und die Fahrlässigkeit zu bestraffen, sodann die Lederen Eymer, Feur-Leitheren, Haken, Sprützen und andere dergleichen Gereitschafft in Augenschein zu nehmen.“

Besonders wurde die Erbauung von Brandmauern und steinernen Schornsteinen befohlen und die Einstellung von wenigstens zwei oder drei Brandmeistern pro Dorf, „der bey entstehendem Branat, alle nöthigen Instrumente beyschaffen, befördern und zu Löschung des Feuers gute vorsichtige Direction führen sollen, denen dann des Ends ein jeder Unterthan in allen zu folgen, bei scharfer arbitrari auch Leibs-Straff anbefohlen wird.“

In der **Verfügung vom 20. März 1748 zur Regelung der Sammlung für Brandbeschädigte** ist zu lesen: „in den gesammten rheinischen, westphälischen u.a. Landen dürfen Collectenscheine für Brandbeschädigte und Armuths-Attest für Bettelnde nur beschränkt ertheilt und von den Inhabern nur in vorgeschriebener Weise benutzt werden; die ohne solche Atteste und gegen die Vorschrift Sammelnden sollen durch Confiscation des Gesammelten und Verlust ihrer Scheine bestraft werden.“

Nicht nur die Brandvermeidung wurde seinerzeit angestrebt. Es gab außerdem bereits erste Vorläufer einer „Brandversicherung“. So **wurde im Jahre 1775 für das Herzogtum Westfalen „nach dem löblichen Beyspiel verschiedener benachbarten Landen“, eine Brand-Societät beschlossen**, „damit

deren mitgliedere die von ein und anderen erlittenen brandschaden gemeinschaftlich tragen und bey entstandenen brande einander zu hülffe kommen mögten. Als werden samtliche obrigkeiten deren in hiesigen hertzogthum gelegenen ... hiermit ersuchet, ob sie ihre respective wohnhäusere und gebäude mehrgedachten societaet einschreiben lassen und im fall eines brandt-schadens /: den Gott gnädig abwenden wolle: / nach proportion des anschlags denen beschädigten zu hülffe kommen. ...“

Am 20. Juni 1778 wurde die Brandversicherungsordnung - unter dem Landesherrn „Max. Friedrich, Erzb. u. Chrft.“ - für das Herzogtum Westfalen erlassen. In 25 ausführlich beschriebenen Paragraphen wird der Gegenstand und Endzweck dieser Brand-Versicherungs-Gesellschaft beschrieben und beginnt mit den Worten, „ daß ein jedes derselben Mitglied bey dem ihn betreffenden Brandschaden, den Werth des beschädigten dem Catastro einverleibt taxierten Gebäudes bezahlt erhalte, zu solchem Behuf alle Societäts-Genossen nach dem Fuß ihrer dem Catastro einverlebten Gebäuden beytragen müssen ...“

Am 7. August 1784 erfolgte der Erlass der Verfügung des Landesherrn, an die Untertanen des Herzogtums Westfalen, zur Einführung der Feuer- und Löschordnung:

„Von Gottes Gnaden Maximilian Franz, Erzbischof zu Köln, des Heiligen römischen Reichs durch Italien Erzkanzler und Kurfürst, geborener Legat des heiligen apostolischen Stuhls zu Rom, königlicher Prinz von Hungarn und Böhmeim, Erzherzog zu Oestereich, Herzog zu Burgund und Lothringen, Administrator des Hochmeisterthums in Preußen, Meister Deutschen Ordens in Deutsch- und Welschen Land, Bischof zu Münster, in Westphalen und zu Engern Herzog, Graf zu Habsburg und Tyrol, Burggraf zu Stromberg, Herr zu Odenkirchen, Borkelohe, Werth, Freudenthal u. Eulenberg

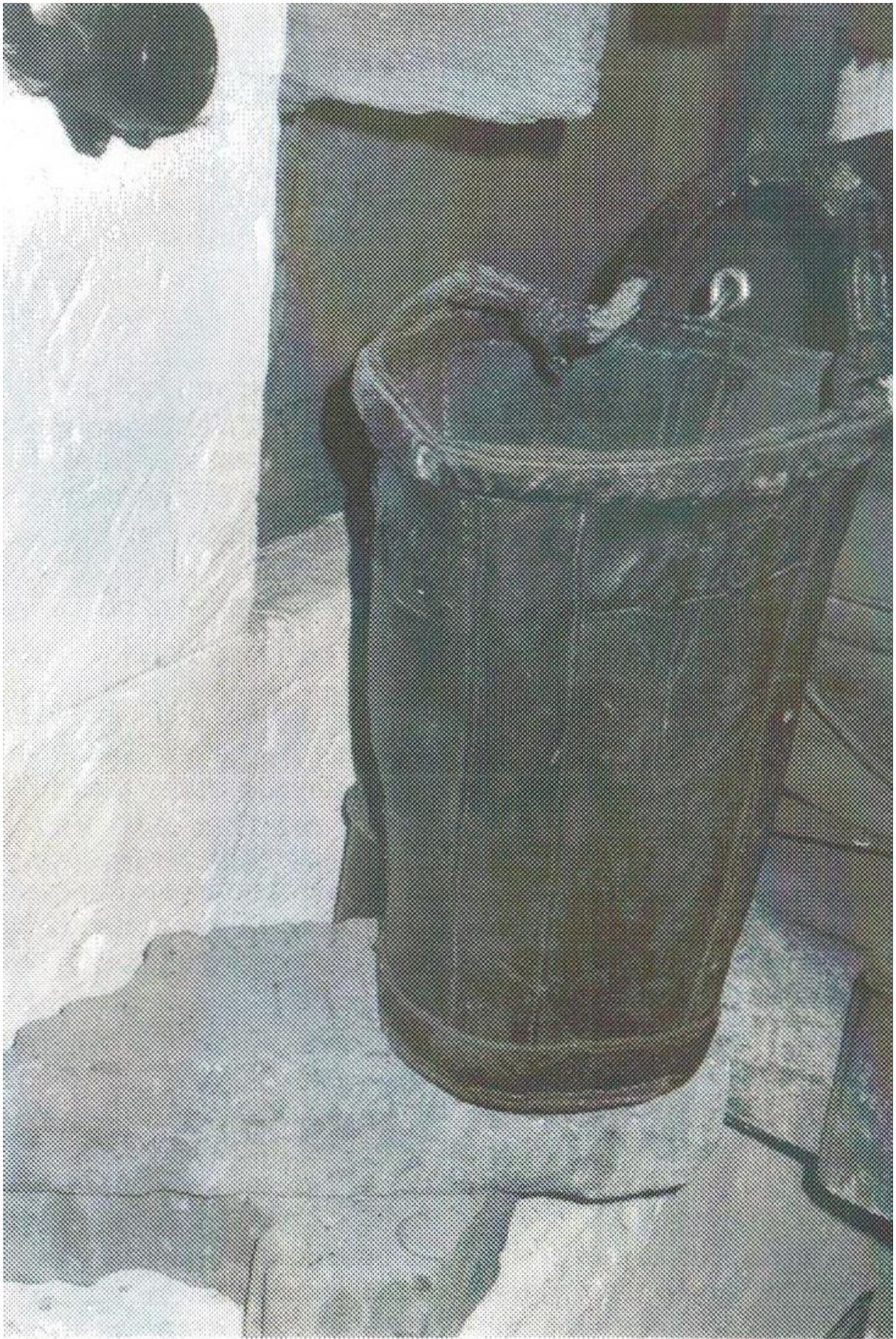
Durch die unterm 20sten Junii 1778 erlassene Brand-Versicherung-Ordnung sind die Güter Unserer getreuen Unterthanen des Herzogthums Westphalen gegen den Brandschaden zwarm gesichert; um aber diese Fürst-väterliche von unserm Herrn Vorfahren gehegte Absicht völlig zu erreichen, sind Wir auf gehorsamsten Antrag Unserer westphälischen Landständen gnädigst bewogen worden; zur Verhütung öfterer Feuerbrünsten, und Verminderung derselben Gefahr, folgende Feuer- und Löschordnung gnädigst zu erlassen.“

Unter der Überschrift — Brandverhütende Gesetze - wurde in 15 Paragraphen aufgelistet, wie Schornsteine, Ofenpfeifen und Feuerstätten beschaffen und gefahrlos angelegt sein müssen.

Beim Anlegen von steinernen Scheidmauern sollen diese einen Schuh hoch über das Dach des Gebäudes geführt werden. Auch jene Handwerker, die zur Ausübung ihres Gewerbes Feuerstätten benötigen, haben für die Sicherung derselben Sorge zu tragen. Jeder Hausvater habe Aufsicht zu führen, „dass täglich die Asche und Kohlen gedämpfet, gedecket und ohne Gefahr bewahret werden.“

Besondere Sorgfalt sei beim Hantieren „mit offenem Licht“ zu führen, besonders auf dem Speicher, in Ställen und Scheunen. Auch das Wärmen des Bettes mit heißen Ziegelsteinen sowie das Tabakrauchen in Scheunen, Ställen, auf Heu- und Strohböden wird mit fünf Rthlr. oder 3-tägiger Einsperrung bei Wasser und Brot bestraft.

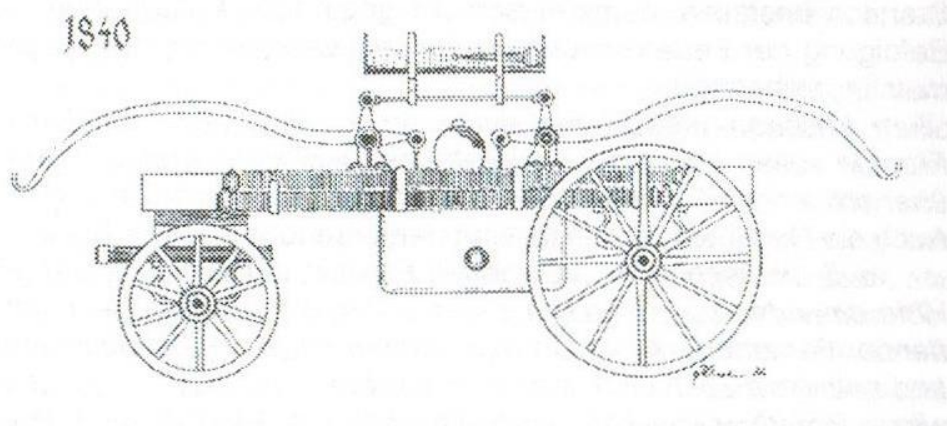
Das Bauen von neuen Schmieden und Backöfen — ohne Obrigkeitsbesichtigung — war untersagt. Schließlich heißt es unter Paragraph 15: „Wenn nun die Hauswirthe in ihren Häusern oder die Gastwirthe bei denen Gästen etwas diesen Feuerverhütenden Maasregeln zuwideres wahrnehmen, sind sie, dieses der Polizeibrigkeit des Orts ohne Verzug anzuzeigen, gehalten. Diese hat die Freveler nach obgemeldeter Vorschrift zu bestrafen.“



Feuerlöscheimer aus Leder, Sig. der Heimatfreunde Bad Westernkotten

Unter „Anschaffung der Brandgeräthe“ wird auf die Anschaffung eines ledernen Eimers, der im Vorderhaus schnell erreichbar aufgehängt sein soll, hingewiesen. Auch soll jeder neu aufgenommene Bürger zusätzlich einen Feuereimer für ein „gemeines Haus“ liefern. Auf das Vorhandensein von Feuerleitern, Hebstanzen und Hacken „an einem schicklichen Ort, unter einem Dach verschlossen und ohne schriftliche Erlaubniß zu keinem andern Gebrauch“ wird hingewiesen.

In einer Ortschaft mit 150 Häusern sind eine, für Ortschaften mit 300 Häusern, zwei Feuerspritzen innerhalb eines Jahres anzuschaffen. Wo Mangel an Löschwasser herrscht, ist ein Feuerteich zum Aufbewahren von Wasser anzulegen. In jedem Ort - auch auf dem Land — sollen die Nachtwächter die Stunden im Winter von 20 bis 5 Uhr, im Sommer von 22 bis 3 Uhr mit einem öffentlichen Zeichen ankündigen, „den Ausbruch einer Feuersbrunst aber durch ein besonderes Zeichen kund machen und das Brandgeläute alsogleich besorgen, der hierin säumige Nachtwächter mit 3 Tagen Einsperrung bei Wasser und Brod bestraft werden.“



Feuerspritzen, wie sie in ganz Westfalen eingeführt wurden

Die Wahl eines Brandmeisters soll durch „Rathsverwandte“ (Gemeindebeamte) erfolgen, da „auf dem platten Lande bei jeder Feuerspritze durch den Beamten jemand bestellt werde, welcher für die Aufbewahrung deren Löschgeräthe und derselben Instandhaltung zu sorgen hat.“

Unter „Löschanstalten“ wird besonders auf die Wachsamkeit des Nachtwächters hingewiesen, der bei Wahrnehmung von Feueranzeichen „vor allem ohne Lärmen an das Haus anklopfen ... aber besonders gehalten seyn, der Ortsobrigkeit und den Brandmeistern oder Vorständen solches melden. Jeder Hauswirth ist schuldig, den in seinem Haus entstehenden Brand selbst anzukündigen; derjenige aber, welcher eine Feuersbrunst geheim zu halten und ohne Kundmachung allein zu dämpfen, sich begeben lassen sollte, soll mit fünfzehn Rthlr. Brüchtenstrafen oder nach Ermessen Unserer Landdrost und Räthen mit Zuchthausstrafe auf einige Zeit belegt werden.“ ...

„Zimmerleute, Leyendecker, Maurer, Schornsteinfeger und dergleichen zur Baulichkeit angeordnete Handwerker sollen gleich nach der Verkündigung auf dem Brandplatz mit ihren Handwerkszeugen ... erscheinen, der Ausbleibende aber in fünf Rthlr. Strafe angesetzt werden.“

Unter Paragraph 7 ist zu lesen: „Die Beamten, welchen die Polizei anvertrauet ist, sollen, im Fall, dass der Brand in ihrem Wohnorte entstehet, selbst gegenwärtig seyn.“ Falls diese verantwortliche Person sich außerhalb des Ortes befinde, solle der Vorsteher des Ortes — ohne Verzug — durch einen Boten denselben an den Brandort bestellen, damit er dort die genaueste Aufsicht über die Befolgung der Feuerordnung, in Zusammenarbeit mit dem Brandmeister, sicherstellt.

„Zum Löschen untüchtige Leute und Kinder, auch unbekannte Fremde sollen bei keiner Feuersbrunst geduldet werden. ... Hierüber soll jeder Wirth seine Gäste gehörig benachrichtigen.“

Auch die Nachbarschaftshilfe wird hervorgehoben. So heißt es: „..., dass die nachbarlich belegenen Rittersitze, Dörfer, Klöster und Höfe einander zur Hülffleistung verbunden werden und bei entstehender Feuersbrunst ein Ort dem andern mit Brandgereidschaften und nöthigem Zuchtvieh, jedoch in solcher Maas beispringe, damit einige Brandgereidschaft, auch die Hälfte der Einwohner zu Haus verbleiben, und sich allenfalls bei längerer Andauer des Feuers abwechseln können.“

Unter den Paragraphen 10 bis 16 wird besonders auf das Verhalten der Polizei- und Gemeinde-Beamten mit folgenden Verfügungen aufmerksam gemacht: „Ferner sollen Unsere westphälischen Polizeibeamten, nach Verschiedenheit der Lokalumstände, eine angemessene Eintheilung dergestalt einrichten, dass verschiedene Eingesessene zu Abholung und Anwendung der Feuersprützen, andere zum Wasserschöpfen und beibringen, andere zu Wächtern, um die geretteten Sachen fortzubringen und zu bewachen, andere um die nachbarliche Hülfe zu befördern, in jedem Ort angewiesen werden; Diese Eintheilung werden Unsere Landdrost und Räthe vor jede Stadt, Freiheit, Dorfschaft oder Bezirk insbesondere einrichten. ... Derjenige, welcher nach geschehener Ankündigung der Feuersbrunst an dem ihm anweisenden Ort nicht erscheint, oder die ihm zugetheilte Verrichtung vernachlässige, soll ebenso, wie jener, welcher in eine fremde Verrichtung sich einmischet, um einen Rthlr. gestraft werden.

Nach gedämpfter Feuersbrunst soll der Platz, wo das Feuer gewesen, 24 Stunden durch bescheidene, von dem Brandmeister zu ernennende Wächter bewachtet, die Löschgereidschaft aber eben SO lang bereitgehalten werden.

Nach geschehener Löschung sollen Bürgermeister und Rath in den Städten und Freiheiten, auf dem Lande aber die Polizeibeamten einstweilen unentgeltlich untersuchen, auf welche Art das Feuer entstanden sey, und den diejenige, welche aus Nachlassenheit oder Verwahrlosung hieran Schuld haben, mit der, nach Maasgabe dieser Verordnung bestimmter, bei wirklich entstandenen Feuer zu verdoppelnden strafe unnachlässig angesehen, der schuldig befundene wird zu Zahlung der Untersuchungskosten angehalten, das Untersuchungsprotokoll aber jedes Mal unsern Landdrost und Räthen zur Nachricht eingeschickt.

Damit nun diese Verordnung umso eher in Erfüllung gebracht werde, so befehlen Wir hiermit gnädigst, Bürgermeistern und Räthen in denen Städten und Freiheiten, auf dem Lande aber jenen Beamten, welchen die Polizei anvertraut ist, nach Verlauf von 6 Wochen in allen Häusern und Gebäuden, mit Zuziehung der Werkverständigen und Kaminfeger genaue Untersuchungen anzustellen und jene Übertreter, welche die Feuergefährliche Gebäude nicht abgeändert, mit der auf jeden Fall vorbemerkte Strafe zu belegen; diese Untersuchung muss alle Vierteljahr wiederholet, und hierbei zugleich die angeschaffte Feuergereidschaften visitiret werden.

Wir befehlen ferner, dass von gemelten Bürgermeistern und Beamten, und in der Zwischenzeit ohne vorhergehende Ankündigung dergleichen Visitationen vorgenommen, und die schuldig befundene nach dem Inhalt dieser Verordnung bestraft werden sollen; der Betrag der angesetzten Strafe soll jederzeit an unsere Landdrost und Räthe nebst einem kurzen Auszug des Protokolls eingeschicket, von diesen aber zu der Brandgesellschaftskasse, welche Wir solche gnädigst anweisen, abgeliefert werden.“

Schließlich wird noch dringend darauf hingewiesen, dass diese jetzt erlassenen Verordnungen, nicht die früheren aufheben, sondern „nach ihrem gänzlichen Inhalt“ zu befolgen sind „und befehlen schließlich Unsern Landdrost und Räthen in Westphalen, dasigen Drostern, Richtern, Gogräven, auch Bürgermeister und Rath in denen Städten und Freiheiten, gegenwärtige Verordnung aufs genaueste zu befolgen; auch soll selbige von den Kanzeln öffentlich verkündet, und diese Verkündigung beim Eintritt des Neuen Jahres jederzeit wiederholt werden. ...

Gegeben in Unserer Residenzstadt Bonn den 7. August 1784

Maximilian Franz, Kurfürst“

Am **22. November 1804** wurde in einer Verordnung erneut besonders auf das Vermeiden von Tabakrauchen hingewiesen — mit folgendem Wortlaut „... ist das Tabacksrauchen auf Böden, in Kammern, wo Betten oder andere, leicht entzündbare Sachen aufbehalten werden, in Ställen und Scheunen, auf Heuböden und auf solchen Straßen und Höfen, wo Miststätten befindlich sind, überhaupt an allen feuergefährlichen Orten, bei einer, im Falle der Wiederholung des Vergehens jedes Mal zu verdoppelnden Strafe von 5 Gulden verboten.“

Die strengen Verfügungen wurden dringend notwendig, da das Herzogtum immer wieder von verheerenden Feuersbrünsten heimgesucht wurde, die wohl oft auf ein leichtfertiges Umgehen mit offenem Feuer zurückzuführen waren.

Hinzu kam, dass die meisten Häuser aus leicht brennbaren Materialien wie Strohdächern, Holzverkleidungen und Fachwerk bestanden. Außerdem waren oft keine massiv gemauerten Schornsteine vorhanden.

Berichtet wird von einer Feuersbrunst 1802 in Warstein, wo der gesamte Ort, der auf der Berghöhe lag, vollständig niederbrannte. 1805 brannten in Beleck 58 Häuser ab und vier Menschen verloren dabei ihr Leben. Im gleichen Jahr erlebte das Dorf Lippborg eine Schreckensnacht, in der vier Häuser vernichtet wurden. 1807 brannten in Medebach 42 Wohnhäuser ab. Im März 1810 wurde Fredeburg vom Feuer heimgesucht: „in der Zeit von einer halben Stunde waren 55 Häuser mit allen Nebengebäuden, Kirche, Turm, Rathaus in lichten Flammen.“

1808 wurde für das Herzogtum Westfalen eine verbesserte Feuerversicherung angestrebt und am 14. Mai d. J. verfügt, da in „unterm 20. Juni 1778 erlassene Brand-Societäts-Ordnung die assekuranzmäßigen Gebäude bis hierhin bloß nach ihrem innern Werth, ohne Rücksicht auf ihre größere oder geringere Feuersgefährlichkeit, in der Brandsocietät eingeschätzt, und die Ersetzung des Verlustes bei Brandschäden, sowie die Beiträge darzu, nach Maßgabe jenes Werthes bemessen; hierdurch aber zwischen den Besitzern der Brandgefährlichen, und den Besitzern der feuersicheren Gebäude offenbar unbillige und nachtheilige Missverhältnisse unterhalten werden.“

Eine **Großherzogliche Verfügung vom 20. August 1811** lautete: „Zur Verminderung der feuergefährlichen Dachbedeckungen wird für den ganzen Umfang des Großherzogthums verordnet, dass künftig kein neues oder der Reparatur bedürftiges Dach eines Gebäudes mehr mit Stroh oder hölzernen Schindeln, bei Strafe der Niederreißung und einer, den Kosten des verbotswidrigen Unternehmens gleichkommenden Geldbuße an die Orts-Armenkasse, bedeckt werden soll.“

Am 6. Februar 1818 erfolgte eine Verfügung der Königlich Preußischen Regierung zu Arnsberg an den Landrath von Hörde zu Lippstadt mit der Order, sie an „sämtliche Königliche Schultheiße im Amt Erwitte weiterzuleiten, damit diese sie sämtlichen Eingeseßenen gehörig bekannt machen.“

„Dem Herzogthum Westfalen wurde bisher einer früheren Einrichtung gemäß gleich nach stattgehabten Brände, das ganze Entschädigungs-Quantum zur verordnungsmäßigen Auszahlung angewiesen.“

Bekanntlich geschah die Zahlung in drei Terminen.

1. Termin unmittelbar nach dem Brande
2. Termin nach Errichtung des neuen Hauses
3. Termin nach gänzlich vollführtem Wiederaufbau

„Auf diese Zeit blieb es dem Eigenthümer überlassen, das abgebrannte Gebäude wieder aufzubauen, oder das erste Drittheil der Entschädigungsgelder, welches er bereits empfangen hatte, zu anderen Zwecken zu verwenden, und den Bau entweder nach Verlauf von mehreren Jahren, oder gar nicht zu beginnen. Von Seiten der Regierung konnte hierüber eine Controlle nicht geführt werden, da sie von der Zahlung des 2. und 3. Termins keine Kenntniß bekam, indem die Interessenten auf Vorzeigung eines Attestes aus der Kasse befriedigt wurden, und so musste dies Ver-fahren oft bedeutende Nachtheile für die Feuerversicherungs-Anstalt unvermeidlich herbeiführen.

Zweckmäßiger ist die Einrichtung bei den Feuer-Sozietäten der Grafschaft Mark. Jeder Brandschaden wird von der betreffenden Ortsbehörde untersucht, die vollständige Untersuchungs-Verhandlung unter Beifügung des Brand-Attestes demnächst dem Landrath zugestellt, von diesem bei uns eingereicht und zugleich die Auszahlung der Entschädigungsgelder nachgesucht. Auf den Grund des Brand-Attestes von zwei Werksverständigen ausgestellt und vom Ortsvorstande beglaubigt, erfolgt als dann die Anweisung der ihm gebührenden Entschädigungsgelder, jedoch vorläufig nur zur Hälfte.

Der Landrath erhält hiervon Nachricht, und wird zugleich für die zweckmäßige Verwendung des Geldes zum Wiederaufbau des abgebrannten Hauses verantwortlich gemacht. Aus persönlichem Interesse in Anbindung mit seinen Amtspflichten muss also der Landrath doppelte Sorgfalt anwenden, um jeden Missbrauch zu entfernen. Die Anweisung der zweiten Hälfte der Entschädigungsgelder erfolgt, und zwar ebenfalls auf Ansuchen des Landraths, nach gänzlich vollendetem Wiederaufbau des Hauses, der durch ein gültiges Zeugniß bescheinigt werden muss.

Dass dies Verfahren, wodurch die Versicherungsanstalt gegen allen Nachtheil gedeckt wird, zweckmäßiger und der Einrichtung bei der Westphälischen Societät vorzuziehen ist, leuchtet zu sehr ein, als dass man noch Bedenken tragen könnte, jenes auch bei den Letzteren, soweit es mit den bestehenden Gesetzen vereinbar ist, einzuführen.

Wir haben daher beschlossen, dass von jetzt an die Anweisung und Auszahlung der im Herzogthum Westphalen zur Vergütung von kommenden Brandentschädigungsgelder, jedoch mit Beibehaltung der 3 Termine, in eben der Art geschehen, wie bei der Grafschaft Mark, so dass ziemlich mittelbar nach dem Brande, wenn zuvor die desfalligen Untersuchungsverhandlungen eingereicht sind, nur 1/3tel anzuweisen, und auf die Auszahlung des folgenden Drittheils unter Einreichung des erforderlichen Attestes jedes Mal von dem Landrath besonders angetragen werde, wobei es sich von selbst versteht, dass diese nicht nur für die Wiederaufbauung des Hauses, sondern dass auch der Bau gleich nach Empfang des 1. Drittheils der Entschädigungsgelder begonnen werde, zu sorgen hat.

Wir haben der Kasse bereits aufgegeben, bei Zahlungen dieser Art ohne unsere Anweisung ferner zu leisten, und Ihnen machen wir es zur Pflicht, das vorgeschriebene Verfahren auf das Genaueste zu beobachten, die Unterbehörde hiernach zu instruiren und diese getroffene Abänderung in Ihrem Kreise, soweit es erforderlich, zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

Übrigens machen wir Ihnen bekannt, dass in die Nachweisung von den Veränderungen keine neu erbaute, mit Stroh oder Holzschindeln gedeckte Häuser aufgenommen werden dürfen, indem diese sich zur Eintragung nicht eignen, dies ist den Eingesessenen bekannt zu machen.“

Der Landrat stellte diese neue Verfügung sämtlichen Schultheißen in seinem Amtsbereich zu, mit dem Vermerk „dieses sämtlichen Eingesessenen gehörig bekannt zu machen.“ Für das Amt Erwitte - somit auch für Westernkotten - war der Königliche Schultheiß Vernholz zuständig.

Unter dem 24. März 1820 fand sich ein „Zirkulare“ des Landrats an den Königl. Distrikts-Schultheißen Beckers und an sämtliche Schultheiße des Amtes mit folgendem Wortlaut: „Mißfällig habe ich aus den, bey Gelegenheit der Schätzung der Neubauten und Ausbesserungen, behufs

Eintragung in die Brandkataster, auf meine Anordnung der eingereichten Verzeichnisse über neu aufgelegte Strohdächer wahrgenommen, dass der bestehenden höheren Verordnungen ohngeachtet, noch immer vorschriftswidrig gehandelt und von mehreren Ortsvorständen keine Sorge für die Beachtung derselben getragen wird.

Ich beauftrage Sie demnach, und zwar bey persönlicher Verantwortung und willkürlicher Strafe, diejenigen, welche nur Strohdächer aufgelegt haben, zur Abnahme derselben, innerhalb 6 Wochen vom heutigen Tage an und zur vorschriftsmäßigen Deckung, mit guten Lehmschindeln, Schiefer oder Pfannen, anzuhalten.

Nach Verlauf dieser Frist haben Sie, bey 2 rth. Pr. Cour. Strafe anzuzeigen, und zwar namentlich welche Eingesessenen dieser Verfügung nachgekommen sind und welche nicht, nebst ausdrücklicher Benennung des Baues, auf welchem ein Strohdach vorfindlich ist. Gleichzeitig haben Sie Jedem bekannt zu machen, dass im Falle einer Weigerung, von Amtswegen das Strohdach abgerissen und zur vorschriftsmäßigen Deckung sofort auf Kosten des Schuldigen in Verding gegeben werden wird.

Um aber künftig derartigem Unfügen vorzubeugen, wird lediglich der Ortsvorstand, welcher eine solche Deckung zulässt, und nicht sogleich die gehörige Meldung hierorts macht, für den hierdurch entstehenden Schaden, zur besseren Aufmerksamkeit auf polizeiwidrige Handlungen, in Anspruch genommen werden.

Damit diese Verfügung einem jeden der Herren Schultheißen zukomme, und keine Versäumung oder Einrede des Nichterhalts, bey der Absendung derselben vorfalle, verordne ich hiermit, dass jeder Absendende sich die richtige Überlieferung bescheinigen lassen soll; so wie dieses Zirkulare selbst von den Herren Schultheißen, oder in Abwesenheit, von den Deputierten unterschrieben, und ohne Weigerung die nöthige Bescheinigung ausgestellt werden muss.

Der Erstempfangende ist gehalten, dieses Zirkulare mit Ordonanz wieder anhero zu senden.“

Am 1. April 1822 erfolgte die Zusendung eines „Exemplar von der neuen Abgedruckten Feuerordnung vom 7. August 1784“ mit dem Auftrag, „dem Inhalt derselben genau nachzukommen und ihren sonstigen untergebenen auch genügenst hiervon zu unterrichten, überhaupt mit möglicher Sorgfalt dahin zu wirken, dass dem Inhalt dieser Verordnung in allen aufs vollkommende genügt werde.“

Verfügung der Königlich Preußischen Regierung in Arnsberg vom 15. April 1823, adressiert an den Landrath von Schade zu Lippstadt, mit der Order zur Weitergabe an den Schultheiß Beckers zu Erwitte: „Mittelst diesseitigen — die Veränderungen in den Feuer-Societäts-Catastern des Herzogthums Westphalen betreffender Verfügung vom 29. October 1818 - ist auf dem Grund der Großherzoglich Hessischen Verordnung vom 14. May 1808 die fernere Catastrirung der mit Stroh oder Schindeln bedachten Gebäude beanstandet worden, da indessen die Verordnung vom 14. May 1808 schon durch die spätere vom 6. October - Großherzoglich Hessische Zeitung - Nr. 123 von 1812, sowie auch durch unsere Verfügung vom 8. November v. J. modificirt worden, so ist nun auch die Schätzung der sämtlichen, seit dem Jahre 1818 nicht catastrirten, mit Stroh oder Schindeln bedachten Gebäude schleunigst und mit Beachtung der im diesjährigen Amtsblatt Nr. 11 gegebenen Vorschrift einzuleiten. Wir sehen der Einsendung der diesfälligen Nachträge vor dem Ende des kommenden Monats May entgegen, um die Catastrirung derselben sogleich befördern zu können. - Empfehlen übrigens sehr angelegentlich die Wahrnehmung unserer Verfügung vom 8ten November vorigen Jahres.“

Der Landrat teilte die Verfügung am 23. April 1823 dem Schultheiß Beckers zu Erwitte mit und fügte hinzu: „Indem ich Ihnen Abschrift vorstehender Verfügung mittheile, beauftrage ich Sie unter Zuziehung der betreffenden Ortsvorstände, die Taxation der seit dem Jahre 1818 nicht catastrirten mit Stroh oder Schindeln bedachten Gebäude unverzüglich durch die Amts-Taxatoren vornehmen zu

lassen und die diesfalls aufzunehmenden Verhandlungen längstens binnen 14 Tage hier einzureichen, zweckmäßig wird es seyn, wenn die Ortsvorstände unter Vorzeigung dieses Commisssion das Verzeichnis der fraglichen Gebäude sofort einziehen, damit die Taxatoren nicht unnütz Ortschaften bereisen, wo dergleichen Gebäude nicht vorhanden sind.

Die Anfertigung der Nachweise geschieht nach dem beikommenden Schema, und bemerke ich mit Bezugnahme auf die Verordnung im diesjährigen Amtsblatt Stück 11 noch folgendes:

1. die Taxatoren müssen beeidet seyn, ist dieses nicht der Fall, so ist sofort wegen dieser Beeidigung hierhin zu berichten.
2. unter das Verzeichniß der Taxiarten Gebäude ist zu attestiren, dass die Taxatoren wirklich berechtigt sind.
3. das Taxatum ist mit Zahlen und mit Buchstaben auszudrücken und Ort und Tag an dem die Schätzung geschehen, zu beantworten.
4. ist bei jedem damaligen Gebäude hinten in der Colonne anzugeben, in welcher Entfernung die zunächst stehenden Gebäude sich befinden.

Da die Verzeichnisse schon am Ende des kommenden Monats in den Händen Hochlößlicher Regierung seyn sollen, so empfehle ich Ihnen die möglichste Eile.“

Taxation der seit 1818 bis zum 1. März 1823 im Amte Erwitte errichteten Umbau- und Neubauten, welche mit Stroh- oder Schindeldach gedeckt sind, welche Mängel das Gebäude hat und in welcher Entfernung es zum anderen Gebäude steht.

Westernkotten:

Fritz Erdmann, Nr. 15, Haus-Anbau, hat Strohdach, ohne Schornstein

Anton Schroer; Nr. 28, Stall vergrößert 1821, hat Strohdach, ohne Schornstein

Heinrich Stich, Nr. 77, Haus-Anbau 1823, hat Strohdach, ohne Schornstein, Entfernung z. nächsten Gebäude 60 Fuß

Gregor Grüter, Nr. 227, Anbau an das 1812 erbaute Haus, hat Strohdach, ohne Schornstein, Entfernung zum nächsten Gebäude 60 Fuß

Caspar Kerkhoff, Nr. 125, Haus-Anbau 1823, hat Strohdach, ohne Schornstein, Entfernung zum nächsten Gebäude 16 Fuß

Wilhelm Halsband, Nr. 198, Haus-Anbau 1822, hat Strohdach, ohne Schornstein, Entfernung zum nächsten Gebäude 14 Fuß

Anton Jesse - sonst **Adam Wolf**, Nr. 143, 1823 Stall fast abgebrochen

Wienold Sprenger, Nr. 31, neuer Stall 1821, Entfernung zum nächsten Gebäude 30 Fuß, hat Strohdach, ohne Schornstein

Laut Verfügung des Königl. Preuß. Justizamt Erwitte wird am „10. Jänner 1825“ Kaspar Schulte aus Westernkotten als Taxator eingestellt.

Verzeichnis der Zu- und Abgänge zum Brandkataster pro 1826

Jos. Brinkmann, Nr. 66, Wohnhaus bleibt fehlerhaft, hat zwar Ziegeldach, aber keinen Schornstein

Anton Kleine, Nr. 70, Stall neu gebaut, mit Ziegel gedeckt, daher fehlerfrei

Freiherr v. Papen, Nr. 71, Siedehaus. „Bei der Abschätzung 1821 war eine große Mauer in Anschlag gebracht, die aber nicht zum Gebäude gehört.“

Anton Jesse sonst Adam Wolf, keine Bemerkungen.

Christoph Hermessen, Nr. 160, Scheune ist abgebrochen und diese zu löschen

Johann Löper, Nr. 231, Siedehütte ist fehlerfrei erhalten

Freiherr v. Landsberg, Nr. 209, Anbau an Siedehütte ist fehlerfrei, hat Ziegeldach und Schornstein

Witwe Jesse, sonst Capitains, Nr. 208, Salzhütte vergrößert, ist fehlerfrei, hat Ziegeldach und Schornstein

Schulte-Weringhof, Nr. 53, Scheune ist abgebrochen und daher zu löschen

Sophia Bredenoll, Nr. 35, Stall ist abgebrochen und daher zu löschen

Wilhelm Hiltemann, Nr. 161, Wohnhaus, Neubau ist fehlerhaft, hat zwar Ziegeldach, aber keinen Schornstein

Zusatz „Nr. 161 war bis heute nicht bebaut.“

Jos. Heumann, Nr. 233, Wohnhaus, Neubau fehlerhaft indem er zwar mit Ziegeln gedeckt ist aber kein Schornstein vorhanden

Christian Hoffbauer, sonst Peter Kemper, Nr. 141, Stall-Neubau fehlerfrei mit Ziegeln gedeckt

Franz Kerckhoff, sonst Linne, Nr. 158, Wohnhaus ist zwar durch Anbau verbessert, aber doch fehlerhaft, Ziegeldach, aber kein Schornstein vorhanden. Scheune und Stall abgebrochen, daher zu löschen

Jos. Schulte, Nr. 153 ½ Schäfermeyer, Nr. 153 ½

Diese beiden Häuser waren früher ein Backhaus, welches zu zwei Wohnungen eingerichtet, mit zwei Schornsteinen angeschlossen und Ziegeldach hat, daher fehlerfrei.

Liste über die Einwohner, die im Jahre 1826 neu gebaut, angebaut oder abgebrochen haben:

(ohne Datum, Unterschrift: Polizeidiener Günther)

Nr. 55, Christian Plenge — Schmiede abgebrochen und aufgebaut

Nr. 66, Wilm Brinkmann — Stall und Haus gebaut

Nr. 70, Joseph Kleine, Stall gebaut

Nr. 141, Hoffbauer, Stall gebaut

Nr. 143, Anton Jesse, ein Anbau gebaut

Nr. 153, Gudermann, Abschätzung

Nr. 158, Franz Kirchhof, angebaut

Nr. 161, Wilm Hiltemann, neu gebaut

Jessen Hütte - ohne weiteren Eintrag -

Brexells Hütte – ohne weiteren Eintrag

Löpers Hütte – ohne weiteren Eintrag

Nr. 138, Joseph Heumann, Wohnhaus neu gebaut

Nr. 31, Rittelmeier, Höhere Schätzung in Nr.126

Nr. 160, Hermessen, Scheune abgebrochen

Franz Wieneke, für altes Haus ad 350 abgebrochen, ein neues Haus aufgebaut

Ab und Zugang der Besitzveränderungen im Brandkataster pro 1827 für den Verwaltungs-Bezirk Westernkotten

Joseph Grote, Nr. 238, hat sich neu angesiedelt, neues Wohnhaus, Ziegeldach, aber kein Schornstein, bleibt fehlerhaft

Junkermann, — jetzt Wilhelm Hollenbeck, Nr. 6, Alter Schafstall abgebrochen, muss gelöscht werden
Neue Scheune gebaut, diese ist fehlerfrei, weil Ziegeldach.

Joh. Schütte — jetzt Caspar Schütte, Nr. 94, (unleserl. -? -), hat jetzt Ziegeldach und Schornstein, daher fehlerfrei

Joseph Pütter, Nr. 230, Anbau an das Wohnhaus, Ziegeldach, aber kein Schornstein, daher fehlerhaft

Conrad Feldewert, Nr. 223, Anbau an das Wohnhaus, Ziegeldach, aber kein Schornstein, daher fehlerhaft

Anton Schroer, Nr. 28, Anbau an Wohnhaus bleibt fehlerhaft, da Strohdach und kein Schornstein

Anton Schroer - Haus für Leibzucht unbesetzt -, bleibt fehlerhaft da Strohdach, ohne Schornstein.
Neuer Stall ist fehlerfrei, denn er hat Ziegeldach

Plenge, Caspar — jetzt Christian Plenge, Nr. 55, Schmiede umgesetzt an einen anderen Ort, hat Schornstein und Ziegeldach, ist fehlerfrei

Joseph Brinkmann — jetzt Wilhelm Brinkmann, Nr. 66, Wohnhaus neu bedeckt, hat Ziegeldach, aber keinen Schornstein, bleibt fehlerhaft

Franz Wittkopp — jetzt Jacob Schrage, Nr. 96, Wohnhaus neu bedeckt, bleibt fehlerhaft, da es keinen Schornstein hat

Peter Kramer — (a.a.0. Cramer), Nr. 100, Wohnhaus verbessert, noch Strohdach, bleibt fehlerhaft

Witwe Krilleke — jetzt Fritz Krilleke, Nr. 105, Wohnhaus verbessert, hat Strohdach, bleibt fehlerhaft

Bernd Hasel — jetzt Franz Buse, Nr. 119, Wohnhaus verbessert, hat Strohdach, ohne Schornstein, bleibt fehlerhaft

Peter Johannknecht — jetzt Adam Johannknecht, Nr. 129, Wohnhaus verbessert, hat zwar Ziegeldach, aber ohne Schornstein, bleibt fehlerhaft

Anton Jesse — Nr. 143, Wohnhaus verbessert, hat Schornstein, aber nur halb Ziegeldach, bleibt fehlerhaft
Stallgebäude ist abgebrochen, muss gelöscht werden

Weleken — jetzt Salzfactor Brune, Besitzveränderung, indem nach Absterben des Rudolph Weleken Factor Brune Besitzer geworden ist

Albert Hoppe, Nr. 186, Wohnhaus verbessert, hat Strohdach, ohne Schornstein, bleibt fehlerhaft

Bex (unleserl.?) Nr. 207, Siedehütte vergrößert, hat Ziegeldach und Schornstein, ist jetzt fehlerfrei

Rudolph Weleken — jetzt Wilhelm Vernholz, Nr. 64, Wohnhaus verbessert, hat jetzt Ziegeldach und Schornstein, ist fehlerfrei

Franz Böhler — jetzt Rittelmeyer, Nr. 131, Haus verbreitert, der Anbau hat zwar Ziegeldach, ist aber ohne Schornstein, bleibt fehlerhaft

„Die Richtigkeit des vorstehenden Verzeichniß wird hierdurch mit dem Bemerken bescheinigt, dass die Abschätzungen an Ort und Stelle pflichtmäßig erfolgt und dass die verzeichneten Notitzen sorgfältig ermittelt sind, auch dass die unterzeichneten Amtstaxatoren gehörig vereidigt sind.

Westernkotten, den 24. April 1828

Die vereidigten Amtstaxatoren Kaspar Schulte / Anton Brisgen“

Unter dem 21. Juni 1828 erging eine Verfügung der Königlichen Regierung Arnsberg — Abtl. des Inneren — an den Landrath von Schade zu Lippstadt, mit folgendem Inhalt: „Nach der für das Herzogthum Westphalen noch bestehenden Großherzoglich Hessischen Verordnung d.d. Darmstadt, den 14. Mai 1808, wegen der Mehrbeiträge von mangelhaften Gebäuden zu Brandversicherungs-Ausschreibungen ist in Specie in § 1. bestimmt, dass von allen Gebäuden in Städten und Freiheiten, welche mit Schindeln gedeckt sind, der dritte Theil ihres taxierten eigentlichen Werthes zum Mehrbeitrage ins Brandkataster eingetragen werden solle — sodann in § 4. ist für die Gebäude auf dem platten Lande, welche mit Schindeln gedeckt sind, der gedachte Mehrbeitrag ad 1/3tel zum 1/4tel Theil reduziert.

Was nun die Holzschindeldächer betrifft, so behält es bei jenen Bestimmungen des Mehrbeitrages auch noch ferner fort sein Bewenden, der aber nach gemachter Entfernung ... (? unleserlich.) die

mit Lehmshindeln bedeckten Gebäude in Ansehung dieses Daches nicht in die Kategorie der mehrfeuergefährlichen Gebäude gehören, so verordnen wir hiermit, dass überall, wo in den Brandkataster ein Mehrbeitrag berechnet, solcher darin gelöscht werde.

Zu dem Ende weisen wir Sie hiermit an, uns ein Verzeichnis aller derjenigen Gebäude Ihres Kreises, welche mit Lehmshindeln gedeckt sind, innerhalb 4 Wochen zur Veranlassung der Löschung des Mehrbeitrages in den Katastern zur Berechnung gewesen seyn solle, einzuschicken. Nur in dem Verzeichniß bei dem mit Lehmshindeldächer versehenen Gebäuden auf dem platten Lande, der von den ländlichen Gebäuden für alle darin vorhandenen Mängel umfängt 1/4tel des taxierten Werthes bestimmt ist, beizuschreiben: = ob keine anderen welche sonstige Mängel, z.B. ohne Schornstein, ohne Scheidewand, wo letztere erforderlich, nicht darin vorhanden sind, zudem nach der Verordnung zu den ländlichen Gebäuden, worin nur Eines der beschriebenen Mangel befindlich, ohnerachtet der feuersicheren Bedachung der Mehrbeitrag ad % des Gebäude- Werthes geleistet werden muss.“

Am 28. Juni 1828 wurde die Abschrift der oben genannten Verfügung an den Bürgermeister Vernholz in Westernkotten gesandt, mit dem Auftrag, die geforderten Nachweise innerhalb von drei Wochen dem Landrat vorzulegen.

Repartitionsliste über die wegen Ab- und Zugang zum Brandkataster per 1827 zustehenden Beiträge an die Bürgermeisterei Erwitte:

Joseph Grote

9 Sgr.

Wilhelm Hollenbeck 1 Thl.	6 Sgr. 8Pf.
Christoph Schulte	27 Sgr. 9Pf
Christian Pütter	1 Sgr. 1 Pf.
Conrad Feldewert	3 Sgr. 4 Pf.
Anton Schroer	6 Sgr. 8Pf.
	5 Sgr. 7 Pf.
	1 Sgr. 8 Pf.
Christian Plenge	1 Sgr. +Pf.
Wilhelm Brinkmann	3 Sgr. 4 Pf.
Jacob Schrage	3 Sgr. 4Pf.
Peter Cramer	5 Sgr. 7 Pf.
Fritz Krilleke	3 Sgr. 4Pf.
Franz Buhse	10 Sgr.
Adam Johannknecht	4 Sgr. 5 Pf.
Anton Jesse	3 Sgr. 4Pf.
	16 Sgr. 8 Pf.
Brune, Factor	2 Sgr 3Pf.
Albert Hoppe	11 Sgr. 1.Pf.
Bex, Siedehütte, Fr. v. Landsberg	5 Sgr. 7 Pf.
Wilhelm Vernholz	11 Sgr. 1 Pf.
Rittelmeyer	11 Sgr. 1Pf.

2. Sept. 1829 - Schreiben des Geheim. Finanz-Rath u. Prov. Steuer-Direktor an den Salzfactor zu Westernkotten:

„Da nach der näheren Anzeige vom 1.d. M. die Abschätzung der dortigen Factorey-Häuser behufs der Eintragung in die Feuer-Sozietät, auf alleinige Veranlassung der Bürgermeisterey-Verwaltung geschehen ist, so muss ich der Salzfactorey es überlassen, die ohne Genehmigung gezahlten Abschätzungskosten ad 9 rtl. / 21gr. / 5 pf. von derselben Verwaltung sich zurückerstatten zu lassen, zu welchen Euch die eingereichte Quittung hierneben remittiert wird.“

24. Oct. 1829 — Schreiben des Salzfactors Brockhoff an die Bürgermeisterey-Verwaltung:

„Auf die mir zugeschickte Resolution des Herm Landrath von August d.J. inbetreff der Zurückzahlung der für die Eintragung der hiesigen Factorey-Häuser zum Brandkataster gehörig bezahlten Taxationsgebühren ad 9 Thl. / 2 Sgr. / 5 Pf. habe ich mich wiederholt an den Königl. Preuß. Steuer-Director zu Münster gewandt und um dasselbige Vernehmungs-Authorisation gebeten. Nachdem in

Abschrift hier beiliegende Bescheide vom 8.d.M. ist mein Antrag jedoch abgewiesen und bin ich mit meiner Forderung auf die Bürgermeisterei-Verwaltung verwiesen worden, weil diese die fragliche Abschätzung lediglich aus sich veranlasst hat.

Da diese in Rede stehende Abschätzung nicht durch mich veranlasst wurde und die Zahlung einerseits nur in der Voraussetzung vorgesehen worden ist, dass die mit dem Abschätzungsgeschäfte beauftragte Polizeibehörde nur nach bestehenden Vorschriften versehen, daher auch nicht zu zweifeln war, dass eine auf Ersuchen der Bürgermeisterei-Verwaltung gemachte Vorlage bey meiner vorgesetzten Behörde anerkannt werden würde, so muss ich jetzt, da letzteres nicht der Fall ist, Eure Wohlöbl. Bürgermeisterei-Verwaltung ergebenst ersuchen, mir die indebite von mir eingezogene Taxationsgebühr zurück zu stellen, und sehe ich diese Erstattung des baldigsten entgegen.“

Aufstellung der Bürgermeisterei Erwitte vom 20. März 1830 Mitteilung über Besitzveränderungen bei den Gebäuden behufs Berichtigung des Brandkataster 1829

Kat.-	Nr.	37	—	gewesen. Besitzer	Ww. Hense, jetziger Besitzer	Hermann Lüling
„	„	84	„	„	E. Wirsal, „ „	Josef Wirsal
„	„	116	„	„	Pütter, gnt. Selger, „ „	Peter Cramer
„	„	155	„	„	P. Rieke „ „	Heinrich Mintert
„	„	189	„	„	Wolr. Brexel „ „	Franz Brexel
„	„	194	„	„	Peter Recker „ „	Caspar Körner

„Der Polizeidiener erhält hiermit den Auftrag, die anfallenden Taxationsgebühren einzuziehen und binnen 14 Tagen glaubhaft an mich abzuführen.“

Repartitionsliste der durch die Taxation der Gebäude zum Brandkataster pro 1830 veranlassten Kosten in der Bürgermeisterei Erwitte:

Westerfeld, C. A.	11 Pf.
Pütter, Ludwig	1 Sgr. 10 Pf.
Müller, Franz	3 Sgr. 8 Pf.
Frielinghaus, J.	7 Sgr. 3 Pf.
Hellwig, Peter	9 Sgr.
Henkemeyer, Witwe	14 Sgr. 10 Pf.
Trockel, Anton	11 Sgr. 9 Pf.
Vernholz, H.W.	12 Sgr. 8 Pf.
von Papen, Frh.	6 Sgr. 9 Pf.
Kerkhoff, Caspar	4 Sgr. 11 Pf.
Gudermann, Jos.	1 Thl. 15 Sgr. 2 Pf.
Kirchhoff, Franz	7 Sgr. 3 Pf.

Gockel, Kaspar	1 Sgr. 4 Pf.
Hoppe, Joseph	10 Sgr. 10 Pf.
Rieke, Joseph	9 Sgr.
von Landsberg, Frh.	18 Sgr. 1 Pf.
Klarhölter, Heinrich	4 Sgr. 6 Pf.
Brexel, Heinrich	11 Sgr. 4 Pf.
Struck, Joseph	22 Sgr. 7 Pf.
Wilberg, Georg	9 Sgr.

Repartitionsliste der durch die Taxation der Gebäude zum Brandkataster pro 1831 veranlassten Kosten

Anton Otto	5 Sgr.
C. Trockel	3 Sgr. 8 Pf.
Derselbe	4 Pf.
Brinkmann	21 Sgr.
Krilleke	Kein Eintrag
Caspar Heithoff	2 Sgr. 6 Pf.
A. Baumeister	2 Sgr. 6 Pf.
Derselbe	1 Sgr. 8 Pf.
Anton Jesse	7 Sgr.
W. Scheffer	9 Pf.
Franz Kleine	1 Thl.
Anton Jesse	20 Sgr.
Brexells Hütte	7 Sgr. 6 Pf.
derselbe	10 Thl. 12 Sgr. 6 Pf.
von Papen	1 Thl.
Ferd. Bürger	1 Thl. 18 Sgr. 7 Pf.
F.W. Hiltemann	Kein Eintrag
Bernh. Neite	8 Sgr. 8 Pf.
Joh. Müller	7 Sgr. 6 Pf.

Nachweis über Zuzug und Besitzveränderung im Brandkataster 1831

Kat.-Nr. 124: A. Pottgießer jetzt Anton Otte - Wohnhaus

„62:	C. Trockel Wohnhaus und Stall
„66:	W. Brinkmann Wohnhaus
„105:	Krilleke (Krillecke?) Stall
„106:	Caspar Heithof Wohnhaus, Brennhaus, Stall
„107:	Ww. Finke jetzt A. Baumeister - Wohnhaus u. Stall
„143:	Anton Jesse Wohnhaus
„177:	Sartorius, jetzt Ww. Scheffer — Stall
„192:	Franz Kleine Wohnhaus
„208:	Erben Jesse Salzhütte
„209:	Brexels Hütte Salzhütte dieselbe Salzhütte
„218:	von Papen Kornhaus
„233	Friedrich Stillecke jetzt (? demeyer -unleserlich) Wohnhaus
„“	Jetzt Ferd. Bürger — neues Wohnhaus
ohne Kat. Nr.	Friedr. Storck / jetzt F.W. Hiltemann — Wohnhaus, Taxation unverändert.
„268 (248?)	Bernh. Neite neues Wohnhaus
„249 (219?)	Joh. Müller neues Wohnhaus

Nachweis Ab- und Zugänge der Besitzveränderungen per 1832 im Brandkataster für Bürgermeisterei Erwitte:

- Schroer, Anton, Nr. 28, hat Strohdach, daher fehlerhaft
- „ „ Nr. 28, Leibzucht: halb Stroh-, halb Ziegeldach, fehlerhaft
- Stein, Levi, vormals Anton Nonte, Nr. 34, Wohnhaus: Ziegeldach, Schornstein, Scheidewand, fehlerfrei
- Wirsal, Adolph, Nr. 39, Wohnhaus: Ziegeldach, ohne Schornstein; fehlerhaft
Stall: Ziegeldach; fehlerfrei
- Springmeier, Nr. 40 Wohnhaus: Strohdach; fehlerhaft
- Hense, A., jetzt E. Hiltemann, Nr. 45, Wohnhaus: Strohdach, fehlerhaft
- Trockel, Caspar Anton, Nr. 62, Wohnhaus hat Ziegeldach u. Schornstein, aber wegen Mangel der Scheidewand fehlerhaft. Taxation unverändert
- Brinkmann, Wilhelm, Nr. 66, Wohnhaus: wegen fehlender Scheidewand fehlerhaft
- Wirsal - jetzt Franz Hense, Stall-Reste abgebrochen
- Stratmann — jetzt Salm, Nr. 74, Wohnhaus durch Anbau verbessert, Dach halb Stroh, halb Ziegel, daher fehlerhaft
- Cramer, Peter — jetzt Ww. Pütter, Nr. 100, Wohnhaus, Taxation unverändert.
- Baumeister, Anton, Nr. 197, Stall durch Ziegeldach verbessert, daher fehlerfrei
- Cramer, Peter, Nr. 116, Wohnhaus ungebessert, Strohdach, fehlerhaft
- Jesse, Anton, Nr. 149, Wohnhaus durch Mangel der Scheidewand fehlerhaft

- Einhoff, Peter, Nr. 144, Stall: Stall abgebrochen
- Gemeinde, Nr. 120, Turm hat Schieferdach, fehlerfrei
- von Landsberg, Nr. 209, Kohlenschuppen hat Ziegeldach, fehlerfrei
- von Papen, Nr. 217, Gradierhaus: Anbau fehlerfrei
- Ww. Bredenoll, Nr. 147, Speicher: Speicher abgebrochen
- Bürger, Ferd. Nr. 233, Wohnhaus: Ziegeldach, Schornstein, Scheidewand, fehlerfrei
- Mintert, B. — Nr. 234, Wohnhaus: Ziegeldach, ohne Schornstein, fehlerhaft
- Hiltemann - jetzt Steins, Heinr. Nr. 242, Taxation unverändert
- Heumann, Jos., ohne Nr., Wohnhaus (keine weitere Anmerkung)

Schreiben des Landrats von Schade an Bürgermeister Schlünder, Erwitte:

„Die Gebühren für die Abschätzung der Gebäude zum Brandkataster pro 1831 sind ... und binnen 4 Wochen portofrei hierher zu befördern.“

Repartitionsliste der durch die Taxation der Gebäude zum Brandkataster 1832 veranlassten Kosten

- Anton Schroer 11 Sgr. 4 Pf.
- Levi Stein 1 Thl.
- Adolph Wirsal 18 Sgr. 8 Pf.
- Springmeier 4 Sgr.
- Engelb. Hiltemann 10 Sgr.
- Peter Hellwig 6 Sgr. 8 Pf.
- Anton Kleine 2 Sgr. 8 Pf.
- Ww. Brinkmann 3 Sgr. 4 Pf.
- Salm 6 Sgr.
- Fr. Hense 3 Sgr. 4 Pf.
- Anton Baumeister 4 Sgr.
- Peter Cramer 3 Sgr. 4 Pf.
- Peter Einhoff 4 Sgr.
- Gemeinde 2Thl. 6 Sgr. 8 Pf.
- von Landsberg 10 Sgr.
- von Papen 3 Thl. 10 Sgr.
- Ww. Bredenoll 13 Sgr. 4 Pf.
- Ferdin. Bürger 20 Sgr.
- B. Mintert 2 Sgr. 8 Pf.

Unter Mai bis Juni 1832 findet sich ein Schriftwechsel zwischen der Königl. Regierung in Arnberg, Landrat von Schade, Bürgermeister Schlünder und dem Beigeordneten Hoffbauer aus Westernkotten, in dem auf die Brandschutz-Verfügung vom 14. Mai 1808 und deren Einhaltung besonders hingewiesen wird: „ ... Nach Rücksprache mit dem Taxator Schulte zur Erledigung, da die Verfügung vom 14. Mai 1808 den Taxatoren nicht genau bekannt ist und an dieser Ursache einige Gebäude und Nachweise wegen fehlender Brandmauern auch als mangelhaft aufgenommen werden dürften, wenn gleich die Bauart derselben gut und zur Abwendung von Feuergefahr, von den Oeconomiegebäuden abgesonderte Küchen mit Schornstein angelegt sind.

Unter diese Kategorie gehören folgende Gebäude:

- Nr. 62 Casp. Anton Trockel, fehlt Brandmauer, die Küche ist gut und ohne Feuergefahr angelegt.

- Nr. 66 Brinkmann, wie vor
- Nr. 143 Anton Jesse: das Haus hat 2 Schornsteine, der eine befindet sich auf dem Anbau, welcher zur Wohnung dient, die jedoch nicht vom Oeconomiegebäude durch eine Brandmauer getrennt ist. Der zweite Schornstein befindet sich auf dem Oeconomiegebäude, wird jedoch wenig gebraucht.“

22. Nov. 1832: Schreiben der Königl. Regierung — Abtl. Des Innern — an Amtmann Schlünder:

„... ad: dass die Zusätze bei den Taxaten der mangelhaften Wohnhäuser daselbst zu fordern sind“, genannt werden die Eigentümer

- C.A. Trockel - Nr. 62
- Brinkmann -Nr. 66
- Anton Jesse - Nr. 143

Die Verfügung wurde dem Polizeidiener Mikola übergeben.

Für 1832 liegt eine Quittung vor - unterschrieben vom Bürgermeister Schlünder - mit dem Wortlaut: „Die Gebühren für Taxation der Gebäude pro 1830 habe ich für mich mit 10 Thaler, für die 3 Taxatoren mit 15 Thaler, erhalten.“

Wie in einer Auflistung über das „**Inventar über den Vermögensstand der Gemeinde Westernkotten in der Bürgermeisterei Erwitte**“ zu ersehen ist, war im Jahre **1835** in Westernkotten bereits ein Spritzenhaus vorhanden, das „am Kapellenturm angebaut“, in dem eine „neue große Feuerspritze aufbewahrt“, während „eine alte kleine, wegen Mangel an Raum im Spritzenhause, in einem Privathause aufbewahrt.“ 16 Feuereimer und acht alte Feuereimer sowie drei Feuerhaken befanden sich ebenfalls im Spritzenhaus. Außerdem waren drei Feuerleitern — verschlossen - auf dem Salinenplatz vorhanden. Ein Spritzenmeister hatte für die Wartung der Geräte zu sorgen.

Im Jahre 1836 kam es zur Gründung der Provinzial-Feuer-Sozietät der Provinz Westfalen. Unter dem 16. Februar 1836 findet sich folgendes Reglement: „Wir, Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen

haben bei den in Unseren Staaten fast allgemein verbreiteten Feuer-Versicherungs-Sozietäten, vornehmlich durch die Erfahrungen der neueren Zeiten, mannigfache Mängel und Unvollkommenheiten wahrgenommen. Theils hat die bisherige Zersplitterung der öffentlichen Feuerversicherungsanstalten in zu viele kleine und erheblichen Unfällen nicht gewachsenen Sozietäten oft die Zuverlässigkeit und Sicherheit der vertragsmäßigen Zahlungen und Leistungen an die Verunglückten erschwert und verletzt; ... und verordnen demnach wie folgt: Es soll für die ganze Provinz Westphalen, in derjenigen Begrenzung, welche dieselbe als Ober-Präsidial-Bezirk hat, auch die Stadt Lippstadt mit eingeschlossen, fortan nur noch Eine öffentliche Sozietät bestehen, deren Zweck auf gegenseitige Versicherung von Gebäuden gegen Feuersgefahr gerichtet und in welcher also diese Gefahr dergestalt gemeinschaftlich übernommen ist.“

Am 13. September 1859 wurde von der Westfälischen Provinzial-Feuer-Sozietät eine neue Instruction für die Bürgermeister und Amtmänner herausgegeben.

In 14 Paragraphen wird das Verfahren bei der neuen Abschätzung und Klassifikation der Gebäude und der entsprechenden Umschreibung der Versicherungs-Kataster bekannt gemacht.

So sei es nötig, dass von sämtlichen, bei der Sozietät versicherten Gebäuden eine neue Beschreibung und Taxe aufgenommen werde, um eine Grundlage für die neue Anlegung der Kataster und eine Revision der schon sehr alten Taxen zu erhalten. Hierzu solle ein neues Formular für die

Beschreibungen und Taxen eingeführt werden. Die alten Instruktionen sind nicht mehr anzuwenden und zur Vermeidung von Verwechslungen der Direction zurückzusenden.

Von allen bisher versicherten Gebäuden, auch von denen, die erst im laufenden Jahr beigetreten sind, müssen die Beschreibungen und Taxen auf den neuen Formularen nochmals aufgenommen werden. „Diesen Verzeichnissen sind die die zugehörigen früheren Taxen, sowie den vorhandenen und von den Taxatoren einzufordernden speziellen Werths-Berechnungen (§ 5 der Instruction vom 1. Juni 1849) beizulegen. ... Die Retaxation selbst muss in 6 Wochen beendet sein.

... Gleich nach dem Eintreffen der neuen Taxformulare sind die bereits angefertigten Versicherungs-Verzeichnisse ... nebst den dazugehörigen früheren Taxen und der nöthigen Anzahl neuer Formulare den Taxatoren zu übergeben. ... Bei Übergabe der Verzeichnisse ist den Taxatoren die möglichste Beschleunigung ihrer Arbeit wiederholt zu empfehlen, auch deren Fortgang stets im Auge zu behalten, resp. durch die Ortsvorsteher zu kontrollieren und keine Verschleppung zu dulden.“

Weiter heißt es, dass der Taxator, nach Fertigstellung der Verzeichnisse, diese sogleich dem Bürgermeister/Amtmann einzureichen habe und dieser habe sie sodann einzeln zu prüfen „auf Vollständigkeit, Richtigkeit und Übereinstimmung mit den Vorschriften der Instruction. ... Der Direction müssen die Taxen so zugehen, dass sie Nachfragen nicht mehr zu machen braucht.“ Auch sei zugleich zu prüfen, ob das Gebäude seither in der richtigen Klasse gestanden habe oder ob eine Erhöhung derselben, z. B. wegen einer feuergefährlichen Anlage, hätte erfolgen müssen und daher noch Strafbeiträge zu erheben seien.

„Auf jede Taxe ist schließlich die Bescheinigung des Bürgermeisters (Amtmanns) zu setzen, dass Antrag und Beschreibung nichts enthalte, was ihm als wahrheitswidrig bekannt ist. ... Die von den Taxatoren aufgestellten Verzeichnisse der Materialpreise sind zu prüfen und zu attestieren. Einer besonders scharfen Revision sind die Gebühren-Liquidationen zu unterziehen. Bei der großen Menge von Abschätzungen erwächst den Taxatoren ausreichendes Verdienst und es ist mit Strenge jedem Versuche, dasselbe durch übertriebene und unrichtige Liquidationen zu vergrößern, entgegenzutreten.

... Alle bei der neuen Aufnahme sich ergebenden Veränderungen, welche noch pro 1859 in Wirksamkeit treten solle ... sind in besonderen Veränderungsverzeichnissen nach bekannter Art nachzuweisen. ... Alle diese Veränderungen werden in gewohnter Weise, wie bisher behandelt, sämtliche Taxen verbleiben jedoch vorläufig und bis nach erfolgter Klassifikation nach dem neuen Tarife bei der Direction; die Bürgermeister (Amtmänner) erhalten also nur die genehmigten Duplikate der Veränderungsnachweise zurück. Ist die Revision der Taxen nach Vorschrift der vorstehenden Bestimmungen bei einem Bezirk beendet, so sind sämtliche Papiere der Direction mit den Versicherungs-Verzeichnissen und einem kurzen Berichte, welcher die Anzahl der übersandten neuen Taxen, der Liquidationen und Veränderungs-Verzeichnisse ergibt, einzureichen. ...

Sobald das neue Reglement erschienen und die Klassifikation der Gebäude nach dessen Bestimmungen erfolgt ist, gehen die genehmigten Duplikate aller Taxen districtsweise, wie sie eingereicht waren, an die Bürgermeister (Amtmänner) zurück und haben diese sodann die aus den Taxen sich ergebenden neuen Klassen, Beiträge und Versicherungssummen ins Kataster mit rother Dinte [roter Tinte. WM] einzutragen und die Versicherten davon zu benachrichtigen. ...

Die Direction wird den Assoziirten durch eine öffentliche Bekanntmachung in den Amtsblättern von der bevorstehenden neuen Aufnahme aller versicherten Gebäude Kenntniß geben; eine gleiche Bekanntmachung ist in den einzelnen Gemeinden vor Beginn der Taxation zu erlassen.

Münster, den 13. September 1859

Westfälische Provinzial-Feuer-Sozietäts-Direction“

Am 14. September 1859 wurde die vorstehende Instruction vom Oberpräsidenten von Westfalen - von Duesberg —- genehmigt.

Unter dem 11. November 1859 finden sich die Verhandlungs-Unterlagen zwischen der Westfälischen Provinzial-Feuer-Sozietät Münster und dem Zimmermeister Johannes Hense aus Westernkotten, mit folgendem Wortlaut: „Nachdem der Zimmermeister Johannes Hense aus Westernkotten sich bereit erklärt, die Stelle eines Taxators der Provinzial-Feuer-Sozietät zu übernehmen und seine Anstellung von der Sozietäts-Direction genehmigt ist, war derselbe zu seiner eidlichen Verpflichtung heute vorgeladen und erschienen. Mit den Obliegenheiten eines Sozietäts-Taxators im Allgemeinen vorher bekannt, hat er sodann nachfolgenden Eid vor dem unterzeichneten abgeleistet.

Ich Johannes Hense, schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, dass ich, nachdem mir die Stelle eines Taxators ...übertragen ist, alle mir vermöge dieses Amtes obliegenden Pflichten nach meinem besten Wissen und Gewissen genau erfüllen will; so wahr mir Gott helfe.“

Dem Taxator wurde ein Exemplar der Instruction übergeben und ihm mitgeteilt, dass seine Gebühren bei allen Taxationsgeschäften 5 Sgr. pro Arbeitsstunde und 7 ½ Sgr. pro Meile Reisekosten betragen. Außerdem war noch vermerkt, dass für die Vervollständigung mangelhafter Arbeiten keine Gebühren bewilligt werden.

Im Folgenden sollen Auszüge aus Protokollen der Gemeinderatssitzungen aufgeführt werden, die den Brandschutz behandeln.

10.02.1844: „Der Schuhmacher Koböken beantragte als Spritzenmeister ...die Niederschlagung des ihm pro 1843 zu Last gestellten Weidegeldes ad 2 rth. / 10 sgr., da ihm bei seiner Anstellung als Spritzenmeister nicht allein die Befreiung von Einquartierungen, Dorfdiensten ..., sondern auch die Hundefreiheit zugesichert wurde.“ Der Antrag wurde niedergeschlagen.

24.02.1844: „Der Zimmermeister Anton Dietz frage an, ob er die vor ca. 3/4 Jahr durch den Amtmann Schlünder bestellten beiden doppelten Feuerleitern anfertigen solle. Er fordere für zwei Leitern mit Beschlag doppelten Anstrich, 24 lang mit Stützbäumen versehen, 16 rth.“ - Die Anfertigung wurde genehmigt, die Zahlungsanweisung erfolgte am 9. November 1844.

01.06.1844: „Der Land-, Stadt- und Gerichts-Director ... habe den Vorsteher ersucht, für die Abgebrannten von Medebach eine Kollekte schleunigst zu veranlassen ..., da 200 Häuser und 400 Familien obdach- und brodlos geworden ...“

01.03.1845: Nach des Amtmann Schlünder solle der mit dem SUHEEHM' & abgeschlosse Contract über 4 rth. lt.zum Etat - gebracht werden. Der Vorschlag wurde genehmigt.

28.03.1845: Es wurde über die Entfernung des Schlagbaums „bei Meesen Hause“ beraten. Dass dieser zur Kapelle führende Weg, an dem sich auch das Spritzenhaus befand und zum bredenoll'schen Anwesen führte durch einen Schlagbaum gesperrt wurde, ist Folgendem zu entnehmen. „Vielmehr bei entstehender Feuersbrunst die Brandspritze angefordert und nicht dort habe passieren können. Es werde demnach darauf angetragen, der Postmeister Bredenoll von Polizei wegen angehalten, den Schlagbaum zu entfernen, da möglichen Falles die angelegte Sperrung für die Gemeinde von höchsten Nachtheil werden könne.“



06.02.1846: Die Zahlungsanweisung für ein Nachtwächterhorn wurde genehmigt.

16.11.1846: „Für die Aufstellung bei der Gemeinde Westernkotten gehörigen Brandspritze von März 1845 bis dahin 1846 wird die Zahlung von 2 rth. an den Heinrich Sträter bewilligt.“

30.12.1847: Beschluss über „die Anstellung eines tüchtigen, qualificirten Nachwächters. Diesem soll der geforderte Lohn von 30 rth. jährlich in mehreren Raten aus der Gemeindekasse bewilligt werden, wobei er tagsüber die Tätigkeit als Schweinehirt mit übernehme und „zwar gegen eine Vergütung von 3 Becher Gerste und 3 Becher Roggen“ [Anm.: Becher = „gestrichenes Lippstädter Maaß“]. Außerdem bekomme er 1 ½ Sgr. pro Schwein, welches er von den Viehbeteiligten selbst einzuziehen habe.

23.01.1848: Erneut wird über die Einstellung eines Nachtwächters, der gleichzeitig die Tätigkeit des Schweinehirten übernehmen soll, beraten.

Außerdem wird für die Aufstellung der zweiten Gemeindespritze pro 1847 die Auszahlung von 2 Rth. an den Heinrich Sträter beantragt.

20.02.1850: Unter „außergewöhnliche laufende Ausgaben“ werden Löschgeräte mit 19 Taler angesetzt.

04.04.1850: „Der bisherige Nachtwächter ... hat sein Amt seitens seines minderjährigen Sohnes ausführen lassen, da er selbst nicht blasen kann.“ Ab dem 6. April soll deswegen ein Nachfolger diesen Dienst übernehmen.

25.04.1850: Erneut Verhandlung über die Einstellung eines Nachtwächters und Schweinehirten. Es wurden die gleichen Vergütungen wie am 30. Dezember 1847 genannt.

14.05.1850: Unter Punkt 4 „da zu den Löschgeräten mehrere Feuereimer fehlen, so sollen zur Ergänzung derselben 10 Stück Feuerwehreimer beschafft werden.“

01. 04 1856: „Der Schweinehirt und Nachtwächter soll angestellt - abends von 8 - 10 bis morgens, einschließlich Posten am Hause Diekmann, Brülle, Schwarze, Löper, Drees, Gordes, Lentschmidt ? und 2 Uhr Posten bei Wilkers, Bals, Pohlschnieder ... bis 5 Uhr ...morgens.“ Ab 9 Uhr soll mit dem Hüten der Schweine begonnen werden.

Anmerkung: Wie aus den Protokollen zu entnehmen, war die Tätigkeit des Nachtwächters in Westernkotten - die von abends 20 Uhr bis morgens 5 Uhr durchgeführt werden musste, immer verbunden mit dem Schweinehüten tagsüber. Auf diese „Doppelbelastung“ geht wohl der häufig behandelte Stellenwechsel in den Protokollen zurück.

12.04.1861: Die Einstellung des Schweinehirten entfällt, „da nur geringes Bedürfnis besteht und der Verdienst dadurch zu gering.“ Der Contract mit dem Nachtwächter ... wurde auf das Jahr 1862 verlagert.

14.04.1862: Es wurde beschlossen, den früheren Nachtwächter im Dienst zu belassen, „dabei aber eine monatliche Kündigung seitens der Gemeinde vorzubehalten sei.“

21.04.1863: Dem bisherigen Nachtwächter wurde der Dienst gekündigt und Conrad Nonte als Nachtwächter eingesetzt.

10.11.1863: „Die alten Feuerspritzen, welche schon seit Jahren im Gebrauch sind beschloss die Versammlung im Wege des öffentlichen Meistgebotes zu verkaufen. Sie sollen auseinandergenommen und die einzelnen Theile zum Verkaufe angeboten werden.“

05.11.1866: Die Beschaffung von Feuerwehrschräuchen wird behandelt.

19 03.1875: Es werden Verhandlungen über den Bau eines Spritzenhauses geführt.

07 06.1875: Der Neubau des Spritzenhauses wird beschlossen.

05.02.1877: Der Antrag des Nachtwächters Anton Sellmann auf Erhöhung seines Gehalts von 144 Mark jährlich, um 30 Mark, wurde abgelehnt.

Extra-Beilage zum Amtsblatt Nr. 24 Status und Reglement der Westfälischen Provinzial-Feuer-Sozietät zu Münster vom 16. April 1880 „Auf den Bericht vom 19. Mai d. Js. will Ich dem anliegenden, von dem Westfälischen Landtage in der Sitzung vom 16. April beschlossenen (revidirten) Statute für die Westfälische Provinzial-Feuer-Sozietät hierdurch Meine Genehmigung ertheilen.“ Berlin, den 24. Mai 1880 gez. Wilhelm gez. Graf zu Eulenburg

An den Minister des Innern

Statut der Westfälischen Provinzial-Feuer-Sozietät

Allgemeine Bestimmungen

§. 1 Die als Provinzial-Anstalt für die Provinz Westfalen zum Zwecke der gegenseitigen Versicherung gegen Feuersgefahr bestehende öffentliche Sozietät versichert Gebäude und bewegliche Gegenstände nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Statuts und des zu demselben von dem Provinzial-Landtage zu erlassenden Reglements.

Organisation und Verwaltung

§. 4 Die Verwaltung der Provinzial-Feuer-Sozietät wird nach Maßgabe des Regulativs für die Organisation der Verwaltung des Provinzial-Vermögens und der Provinzial-Anstalten in der Provinz Westfalen vom 15. September 1871

1. vom Provinzial-Landtage,
2. von dem ständischen Verwaltungs-Ausschusse beziehungsweise der Kommission desselben,
3. von der Provinzial-Feuer-Sozietäts-Direction als Organen des Provinzialverbandes von Westfalen geführt.

Versicherungspflicht, Aufnahmefähigkeit

§. 17 Die Sozietät nimmt zur Versicherung nur Gebäude und bewegliche Gegenstände auf, welche sich innerhalb der Provinz Westfalen befinden. In der Regel sind Gebäude aller Art zur Aufnahme bei der Sozietät geeignet; die Sozietät ist aber nicht verpflichtet, Gebäude höher als zu 4/5 ihres gemeinen Werthes in Versicherung zu nehmen, resp. zu behalten.

§. 22 Die Beiträge, welche von den versicherten Gebäuden erhoben werden, richten sich nach der Beschaffenheit, Lage und Benutzung und dem daraus hervorgehende Grade der Feuergefährlichkeit derselben. Es werden darnach 6 Klassen gebildet.

Zur I. Klasse gehören Kirchen und ähnliche Gebäude mit feuerfester Bedachung, welche keine Feuerungsanlagen haben

Zur II. Klasse: Gebäude mit feuerfester Bedachung, deren Umfassungswände einschließlich der Giebel ganz massiv aus gebrannten Ziegelsteinen oder aus hinreichend feuerfesten Bruchsteinen und deren Schornsteine von Grund auf ganz massiv gebaut sind.

Zur III. Klasse: Gebäude mit feuerfester Bedachung, deren Umfassungswände einschließlich der Giebel aus gemauertem Fachwerk oder aus sonstigen Fachwerke mit festem Verputze oder brandsicherer Bekleidung bestehen und deren Schornsteine von Grund auf ganz massiv gebaut sind.

Zur IV. Klasse: Alle übrigen Fachwerkgebäude mit feuerfester Bedachung.

Zur V. Klasse: Gebäude jeder Bauart, die mit nicht feuerfestem Material bedeckt oder bekleidet sind.

Zur VI. Klasse: Alle Gebäude mit sehr feuergefährlichem Betrieb oder Inhalt.

§ 24 Als Normalbeitrag für 1000 M. Versicherungs-Summe wird festgesetzt:

1. für Klasse I. 0,4 M. Diese Beiträge gelten für die massiven Gebäude, nicht massive Gebäude der I. Klasse zahlen den Beitrag der II. Klasse.
2. für Klasse II. 0,8 M.
3. für Klasse III. 1,8 M.
4. für Klasse IV. 2,0 M.
5. für Klasse V 2,8 M.

a. isolierte Gebäude 3,0 M. b. nicht isolierte Gebäude - bei 50 M. Entf. für Klasse VI Der Beitrag wird nach dem Grade der Feuergefährlichkeit von der Direction bestimmt.

§. 25 Für Gebäude, welche Ziegeldachung auf Strohdocken oder hölzerne Giebel haben, desgleichen für alle Gebäude in denen feuergefährliche Anlagen vorhanden sind oder feuergefährliche Stoffe lagern, tritt eine Erhöhung der Beiträge um 20 — 100 Pfennige für 1000 M. Versicherungssumme ein.

§. 26 Mobilien kommen in dieselbe Klasse und zahlen im Allgemeinen auch dieselben Beiträge ...

§. 50 Die Direction ist ermächtigt, zur Förderung des Feuerlöschwesens angemessene Beihilfen zu bewilligen, für Entdeckung von Brandstiftern, für wirksame Hülfeleistungen bei Bränden ...

So beschlossen in der heutigen Plenarsitzung des 24sten Provinzial-Landtages Münster, den 16. April 1880 Der Landtags-Marschall gez. Freiherr v. Bodelschwingh-Plettenberg

Es folgen weitere Auszüge aus den Protokollen der Gemeinderatssitzungen:

24.02.1883: Die Beschaffung von fahrbaren Wasserfässern wird für nicht nötig erachtet, da durch die Mitte und Länge des Dorfes ein immer Wasser führender Bach fließt „so dass auf die Beschaffung einer Saug- und Druckspritze Bedacht genommen werde.“ - Ferner erklärte die Versammlung, dass die Einrichtung einer freiwilligen Feuerwehr für die Gemeinde Westernkotten nach den vorliegenden örtlichen Verhältnissen nicht zu ermöglichen sei.

18.02.1885: Beantragung eines Zuschusses bei der Westfälischen Provinzial-Versicherung zur Anschaffung einer Saug- und Druckspritze.

21.03.1885: Der Gemeinderat lehnt abermals die Einrichtung einer freiwilligen bzw. organisierten Feuerwehr ab. Weiter heißt es, dass die Kosten für die Beschaffung einer Saug- bzw. Druckspritze bereits im Etat eingeplant sind. Die Gemeinde besitze bereits zwei, sich im guten Zustand befindliche Feuerspritzen. Es soll nun eine Saugspritze angeschafft werden, da bei Brandunglücken das Wasser aus dem das Dorf durchfließenden Osterbach entnommen werden könne.

Anmerkung: Die heutige Straßenbezeichnung „Am Feuerteich“ weist auf einen sich bis etwa 1915 dort befindenden Teich hin, der durch drei Quellen gespeist, immer Wasser führte und daher zu Löschzwecken genutzt wurde. Nach der Zuschüttung wurde das Flurstück an die Nachbarn verkauft und als Gartenland genutzt.

21.11.1912: Gemeindevertretung beschließt Gründung einer Freiwilligen Feuerwehr, nicht einer Pflichtwehr. Die Vertretung ist einmütig der Ansicht, dass eine Freiwillige Feuerwehr einer Pflichtwehr vorzuziehen ist und stellt die durch die Errichtung einer Freiwilligen Feuerwehr entstehenden Kosten zur Verfügung, ersucht jedoch den Amtmann, bei den verschiedenen in Betracht kommenden Versicherungsgesellschaften angemessene Beihilfen zu erwirken.

Quellen:

1. Bruns, Alfred, unter Mitarbeit von Christa Schneyink, in: Feuer und Feuerschutz im Kurkölnischen Sauerland - Dokumentation des Feuerlöschwesens; herausgegeben vom Schieferbergbau- und Heimatmuseum, Schmallenberg-Holthausen, Fredeburg (ohne J.), hier S. 57, 58, 60, 62, 65, 90, 92, 109, 110, 112, 124, 194, 195, 196.
2. Stadtarchiv Erwitte: A1-921, A1-692, A1-696
3. Protokolle der Gemeinde Westernkotten: 1843 — 1865, 1866 – 1912
4. Eickmann, Heinrich, in: Westernkottens Wege, Straßen und Plätze, S. 10
5. Inventar über den Vermögensstand der Gemeinde Westernkotten ... aus 1835; in: Bad Westernkotten. Altes Sälzeldorf am Hellweg, S. 164.

¹ Der Text ist von mir transkribiert worden. Kleine Übertragungsfehler sind nicht gänzlich auszuschließen. Wer den von Maria Peters abgedruckten Text – wahrscheinlich ganz am Original orientiert gedruckt - einsehen möchte, sei an die Vorstandsmitglieder der Heimatfreunde Bad Westernkotten verwiesen. – Weitere Angaben zur Feuerwehrgeschichte von Bad Westernkotten und darüber hinaus finden sich auch im Jahrbuch Bad Westernkotten aus dem Jahre 2012, herausgegeben von der Bad-Westernkotten-Stiftung. Hier empfehle ich besonders den Aufsatz: Marcus, Wolfgang, Brände und Brandschutz in Mittelalter und früher Neuzeit in Westernkotten, JB 2012, S.21ff. Darin auch zu Anfang Hinweise auf zahlreiche weitere Quellen.
W. Marcus